

**Ergebnisprotokoll
der 32. Sitzung der städtischen Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung,
Energie und Landwirtschaft vom 20.09.2018**

Beginn: 15:40 Uhr

Ende: 17:10 Uhr

Anwesende: I Deputation

1. vom Senat

Herr Staatsrat Meyer
Herr Staatsrat Deutschendorf

2. von der Bürgerschaft

SPD-Fraktion

Herr Seyrek
in Vertretung für Herrn Crueger
Herr Hamann
in Vertretung für Herrn Senkal
Frau Sprehe
Herr Pohlmann

CDU-Fraktion

Frau Neumeyer
in Vertretung für Herrn Imhoff
Herr Scharf
Herr Strohmann

**Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

Herr Saxe
Herr Bücking

Die Linke

Frau Bernhard

FDP-Fraktion

Herr Buchholz

II Verwaltung

Frau Prof. Dr. Reuther
Frau Rüpke
Frau Kamp
Herr Polzin
Herr Viering
Herr Runge
Herr Dr. Vogt
Herr Koch
Frau Haubold
Herr Löwer
Herr Dr. Kountchev
Herr Dr. Zöllner
Herr Eickhoff
Herr Möller
Frau Kulmann
Frau Cordes
Frau Zimmermann
Herr Haacke

Der Senator für Umwelt, Bau und
Verkehr

Frau Pieper
Herr Donaubaer

Der Senator für Wirtschaft, Arbeit und
Häfen
Amt für Straßen und Verkehr
Bauamt Bremen Nord

III Gäste

Herr Kück	DEGES
Herr Dr. Zierke	
Herr Dr. Vater	Die Bremer Stadtreinigung

IV Gastdeputierte

Frau Schiemann	SPD-Fraktion
Frau Dr. Schaefer	Fraktion B'90/Die Grünen
Herr Schwarz	CDU-Fraktion
Herr Janßen	Fraktion DIE LINKE

Herr Pohlmann begrüßt die Mitglieder und Gäste der 32. Sitzung der städtischen Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft.

TOP 1	Genehmigung der Tagesordnung	
-------	------------------------------	--

Vertagt wird:

TOP 2 Genehmigung von Protokollen

TOP 12 Bebauungsplan 1229

TOP 21 Integriertes Verkehrskonzept Überseestadt (IVK)

TOP 22 Kurzfristige Maßnahmen zur Verbesserung des Verkehrsflusses in der Überseestadt ergreifen! und

TOP 25 g) Zweckentfremdung von Wohneigentum für private Vermietungsgeschäfte im Viertel werden vertagt

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft stimmt der vorgelegten Tagesordnung zu.

TOP 2	Genehmigung von Protokollen	
-------	-----------------------------	--

vertagt

TOP 3	Liste der abzuarbeitenden Aufträge aus den Sitzungen der Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft sowie der Bremischen Bürgerschaft -02-	L/S
-------	--	-----

Siehe auch Protokoll der staatlichen Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft vom 20.09.2019

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft stimmt der vorgelegten Liste der abzuarbeitenden Aufträge aus den Sitzungen der Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie sowie der Bremischen Bürgerschaft zu.

TOP 4	Sitzungstermine der Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft für das Jahr 2019	Vorlage 19/481 L/S
-------	---	--------------------------

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (S) stimmt den aufgeführten Terminvorschlägen zu.

Einstimmig

TOP 5	Abbruch von Behelfsheimen	Vorlage 19/438
-------	---------------------------	-------------------

Auf Nachfrage von **Frau Bernhard** erläutert **Herr Viering**, dass zwischen zwei Fallgruppen zu unterscheiden sei. Einmal die große Anzahl der Fälle, in denen Verträge abgeschlossen wurden und eine kleinere Anzahl an Verfügungen aufgrund der Einsturzgefahr der Gebäude. In diesen Fällen sei es häufig, dass die Eigentümer*innen Widerspruch einlegten. Denn hier trage nicht die Stadt die Kosten, sondern die Eigentümer*innen, die ihren Pflichten zur Verkehrssicherung der Gebäude nicht nachkommen, werden zu den Kosten einer Ersatzvornahme herangezogen. Aber die Ersatzvornahme brauche eine Vorfinanzierung, die ebenfalls über die aufgeführte Haushaltsstelle laufe. Daher seien auch diese Fälle hier aufgeführt.

Frau Dr. Schaefer begrüßt, dass Geld im Haushalt bereitgestellt wurde, um die Schrottimmobilien abreißen zu können. Intakte Kaisenhäuser hingegen sollten nicht abgerissen werden. Es müsse aber der Teufelskreis durchbrochen werden, der entstanden sei, wenn Abrissvereinbarungen geschlossen wurden, aber kein Geld zur Verfügung stand, um diese zeitnah auch abzureißen. Dadurch seien die Gebäude immer mehr verfallen, hinzu kam Vandalismus, Müllablagerung, usw. Über den Kleingartenentwicklungsplan müsse man weiter reden, aber gerade im Waller Westen sei es gut, die Schrottimmobiliensorgung weiter zu verfolgen.

Beschluss:

1. *Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (S) nimmt die Kostenermittlung zur Kenntnis und stimmt der Durchführung der Maßnahmen und der Finanzierung zu.*
2. *Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (S) bittet den Senator für Umwelt, Bau und Verkehr, die Aufhebung der Haushaltssperre bei der Haushaltsstelle 3682/89141-5 „Aufwendungen für die Bereinigung von Kleingärten“ beim Haushalts- und Finanzausschuss zu beantragen.*

Einstimmig

TOP 6	Bebauungsplan 2514 für ein Gebiet in Bremen-Neustadt/ Neuenland zwischen Kleingartenanlage Helgoland-Westerland, Ochtumdeich und Flughafen Bremen in Verlängerung der Hanna-Kunath-Straße - Planaufstellungsbeschluss	Vorlage 19/489
--------------	--	-------------------

Frau Dr. Schaefer erinnert daran, dass hier auf Betreiben des Landesverbandes der Gartenfreunde eine Kleingartenfläche in Gewerbefläche umgewandelt werde. Begrüßenswert sei, dass als eine Kompensation dort eine 100%ige Dachbegrünung angestrebt sei. Daneben erwarte der Landesverband der Gartenfreunde zusätzliche Entschädigungszahlungen nach dem Bundeskleingartengesetz. Hierfür sei der Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen zuständig.

Frau Bernhard regt an, dort nur Betriebe anzusiedeln, die auf die Anbindung auch angewiesen seien.

Herr Staatsrat Meyer weist darauf hin, dass es dazu zwar einen engen Austausch mit dem Wirtschaftsressort gebe, insgesamt der Einfluss auf die WFB aber begrenzt sei.

Beschluss:

1. *Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (S) fasst den Beschluss, dass für das im Übersichtsplan bezeichnete Gebiet in Bremen-Neustadt / Neuenland zwischen der Kleingartenanlage Helgoland-Westerland, Ochtumdeich und Flughafen Bremen in Verlängerung der Hanna-Kunath-Straße ein Bebauungsplan gemäß § 13a*

BauGB aufgestellt werden soll. Die Planung soll im Grundsatz die in der Deputationsvorlage enthaltenen Ziele und Zwecke verfolgen.

- Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft nimmt zur Kenntnis, dass der Flächennutzungsplan Bremen gemäß § 13a Abs. 2 Nr. 2 BauGB im Wege der Berichtigung angepasst werden soll.*

Einstimmig

TOP 7	Bebauungsplan 2497 für ein Gebiet in Bremen-Osterholz nördlich Osterholzer Heerstraße, beidseitig Große Laake und südwestlich Stumpesweg -Planaufstellungsbeschluss -Öffentliche Auslegung	Vorlage 19/490
--------------	--	-------------------

Beschluss:

- Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft fasst den Beschluss, dass für den Geltungsbereich des öffentlich auszulegenden Planentwurfes ein Bebauungsplan gemäß § 13a BauGB aufgestellt werden soll (Planaufstellungsbeschluss).*
- Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft stimmt dem Entwurf des Bebauungsplanes 2497 für ein Gebiet in Bremen-Osterholz nördlich Osterholzer Heerstraße, beidseitig Große Laake und südwestlich Stumpesweg (Bearbeitungsstand: 17.08.2018) einschließlich Begründung zu.*
- Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft fasst den Beschluss, dass der Entwurf des Bebauungsplanes 2497 für ein Gebiet in Bremen-Osterholz nördlich Osterholzer Heerstraße, beidseitig Große Laake und südwestlich Stumpesweg (Bearbeitungsstand: 17.08.2018) einschließlich Begründung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB öffentlich auszulegen ist.*

Einstimmig

TOP 8	Flächennutzungsplan Bremen 8. Änderung Bremen-Überseestadt (Europahafenkopf)	Vorlage 19/509
--------------	---	-------------------

Beschluss:

- Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft fasst den Beschluss, dass für den im Planentwurf zur 8. Flächennutzungsplanänderung bezeichneten Bereich die Darstellungen des Flächennutzungsplanes Bremen geändert werden sollen (Planaufstellungsbeschluss).*
- Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft fasst den Beschluss, dass für die 8. Änderung des Flächennutzungsplanes Bremen – Bremen-Überseestadt (Europahafenkopf) mit dem*

Bearbeitungsstand: 10.09.2018) von einer frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 1 Ziff. 2 BauGB abgesehen wird.

3. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft stimmt dem Entwurf des Planes zur 8. Änderung des Flächennutzungsplanes Bremen (Bearbeitungsstand: 10.09.2018) einschließlich Begründung zu.
4. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft fasst den Beschluss, dass der Entwurf des Planes zur 8. Änderung des Flächennutzungsplanes Bremen (Bearbeitungsstand: 10.09.2018) einschließlich Begründung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB öffentlich auszulegen ist.

Einstimmig

TOP 9	Vorhabenbezogener Bebauungsplan 142 (Europahafenkopf) (zugleich Vorhaben- und Erschließungsplan) zur Errichtung von vier mehrgeschossigen Büro- und Wohngebäuden in Bremen Bremen-Walle, Ortsteil Überseestadt am Ludwig-Franzius-Platz zwischen Konsul-Smidt-Straße, Hansator und Hoerneckestraße - Erweiterung des Plangebietes - Öffentliche Auslegung	Vorlage 19/510
--------------	---	-------------------

Herr Saxe weist darauf hin, dass in der Überseestadt der Autoverkehr einen Anteil von 2/3 habe. Dieser Anteil müsse verringert werden, wenn man die Probleme in den Griff bekommen wolle. Deswegen werbe er dafür, dass in den Mobilitätskonzepten stark auf Alternativen zum Auto gesetzt werde. Das sei hier nicht zu ersehen, die Anzahl der Stellplätze solle laut Vorlage komplett ausgeschöpft werden. Er regt an, in den Verhandlungen mit dem Investor darauf hinzuwirken, dass über ein Mobilitätskonzept die Zahl der nachzuweisenden Stellplätze verringert wird.

Herr Bücking schließt sich diesem Vorschlag an. Am Ende tue sich der Investor selbst keinen Gefallen damit. Die großen neuen Projekte in der Überseestadt sollten alle mit ambitionierten Mobilitätskonzepten ausgestattet werden, andernfalls werde man nicht erreichen können, dass ein wachsender Teil des Verkehrs in der Überseestadt aus dem Umweltverbund komme und ein wachsender Teil Quell- und Zielbeziehungen innerhalb der Überseestadt abgewickelt werden. Das hier vorgesehene Gebäude sei darauf ausgerichtet, über die sehr, sehr begrenzten Ein- und Auslässe der Überseestadt große Verkehrsmengen abzuwickeln. Deswegen werbe er sehr dafür, die Zahl der Stellplätze im Mobilitätshaus zu senken. Die Verwaltung solle das Signal der Deputation mitnehmen, dass es nicht für zeitgemäß gehalten werde, wie es im Moment konzipiert sei. Er bittet bei der nächsten Vorlage um eine Darstellung, wie sich die Zahl der Stellplätze gegenüber der derzeitigen Verabredung ändern werde.

Weiter bestehe ein Konflikt mit einem Betrieb in der Nähe, hierzu habe die Verwaltung ein Gutachten beauftragt. Er bittet darum die Deputation umgehend zu informieren, falls das beauftragte Gutachten zu dem Ergebnis kommen sollte, dass eine Wohnnutzung aufgrund dieser Produktionsanlage nicht möglich sei.

Insgesamt sei es ein sehr gelungener Entwurf, der eine zentrale Landmarke der Überseestadt werden und große Bedeutung für die Entwicklung der Überseestadt im positiven Sinne haben werde.

Frau Bernhard hätte eine stärkere öffentliche Nutzung erwartet. Dass ein Grünflächenausgleich rechtlich hier nicht notwendig ist, sei für die gesamte Entwicklung der

Überseestadt eine unbefriedigende Aussage. Sie werde daher zwar der Änderung des Flächennutzungsplans zu Wohnflächen zustimmen, den vorhabenbezogenen Bebauungsplan jedoch ablehnen.

Beschluss:

1. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft fasst den Beschluss, dass der dem Planaufstellungsbeschluss vom 29. Mai 2018 zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan 142 zugrundeliegende Geltungsbereich auf den der öffentlichen Auslegung des Planentwurfes (Bearbeitungsstand: 12.09.2018) zugrundeliegenden Geltungsbereich angepasst wird.
2. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft beschließt, dass das Verfahren zur Aufstellung des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes 142 vom beschleunigten Verfahren nach § 13a BauGB auf das Regelverfahren nach den Vorschriften der §§ 2 ff BauGB umgestellt wird.
3. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft stimmt dem Entwurf des vorhabenbezogenen Bebauungsplans 142 (zugleich Vorhaben- und Erschließungsplan) zur Errichtung von vier mehrgeschossigen Büro- und Wohngebäuden in Bremen-Walle, Ortsteil Überseestadt am Ludwig-Franzius-Platz zwischen Konsul-Smidt-Straße, Hansator und Hoerneckestraße (Bearbeitungsstand: 12.09.2018) einschließlich Begründung zu.
4. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft fasst den Beschluss, dass der vorhabenbezogene Bebauungsplan 142 (zugleich Vorhaben- und Erschließungsplan) zur Errichtung von vier mehrgeschossigen Büro- und Wohngebäuden in Bremen-Walle, Ortsteil Überseestadt am Ludwig-Franzius-Platz zwischen Konsul-Smidt-Straße, Hansator und Hoerneckestraße (Bearbeitungsstand: 12.09.2018) einschließlich Begründung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB öffentlich auszulegen ist.

Zustimmung

gegen die Stimme der Fraktion DIE LINKE

TOP 10	Bebauungsplan 2515 für ein Gebiet in Bremen-Habenhausen zwischen Habenhauser Landstraße, Friedrich-Engels- Straße und Steinsetzerstraße (zum Teil beiderseits) - Planaufstellungsbeschluss	Vorlage 19/494
---------------	--	-------------------

Frau Neumeyer hält den Bebauungsplan für unausgegoren. Es sei kleinräumiges Gewerbe vorgesehen. Im Werder Karree in unmittelbarer Nähe würden jetzt schon diverse kleine Räumlichkeiten leer stehen. Außerdem habe es das Ansinnen eines Edeka- Marktes gegeben, sich dort anzusiedeln. Der Beirat hätte diese Ansiedelung gerne gehabt. Dies verhindere das Zentren- und Nahversorgungskonzept, welches immer noch nicht überarbeitet sei. Man könnte auch nochmal prüfen, ob nicht doch Wohnungsbau dort möglich wäre. Ihre Fraktion werde sich daher enthalten.

Herr Bücking ist der Meinung, dass sehr viel dafür spreche, alle Ambitionen zu unterbinden, die über den Kernbereich hinausgreifen. Hier müsse man dem Beirat widersprechen und diesen Edeka, der sich in der Nachbarschaft ansiedeln wollte, verhindern. Die Flächen für solche wohnortnahen Gewerbegebiete werden immer weniger, weil großflächiger Einzelhandel oder Wohnen lukrativer sei. Man muss auch Optionen offen halten. Seien Fraktion halte es für richtig, hier siedlungsbezogenes Gewerbe zu verteidigen.

Frau Bernhard erklärt, dass nicht klar sei, wie das überalterte Einzelhandelskonzept weiter funktionieren solle. Die Entscheidung sei nicht nachvollziehbar und man müsse den Beirat ernst nehmen. Sie werde sich enthalten.

Herr Buchholz wird sich ebenfalls enthalten, da er das Votum des Beirats für höchstwichtig hält.

Beschluss:

1. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft beschließt, den Beschluss zur Aufstellung des Bebauungsplanes 1469 für ein Gebiet zwischen Habenhauser Landstraße (zum Teil beiderseits), (westl. Hausnummer 265), Friedrich-Engels-Straße (einschl.), Pfarrfeldsweg und Habenhauser Brückenstraße vom 23.05.1980, geändert durch Beschlüsse vom 11. August 1983, 11. September 1997 und 05. Februar 2009 aufzuheben und das Bebauungsplanverfahren einzustellen.
2. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft fasst den Beschluss, dass für das im Übersichtsplan bezeichnete Gebiet in Bremen-Habenhausen zwischen Habenhauser Landstraße, Friedrich-Engels-Straße und Steinsetzerstraße (zum Teil beiderseits) ein Bebauungsplan aufgestellt werden soll. Die Planung soll im Grundsatz die in der Deputationsvorlage enthaltenen Ziele und Zwecke verfolgen.

Zustimmung

bei Enthaltung der Fraktionen der CDU,
der FDP und DIE LINKE

TOP 11	2. Änderung des Bebauungsplanes 1299 „Science Park“, Teil A für ein Gebiet in Bremen-Vegesack zwischen, - Steingutstraße, - Friedhof Grohn, - Jacobs University Bremen, - Bruno-Bürgel-Straße, - Heinrich-Behrens-Straße, - Loki-Schmidt-Straße (Teilung des Verfahrens, Beschluss zur öffentlichen Auslegung, beschleunigtes Verfahren gemäß §13a BauGB)	Vorlage 19/485
---------------	---	-------------------

Frau Sprehe fragt nach dem Ergebnis der Einwohnerversammlung. Sie gehe davon aus, dass der Sport auf dem Oeversberg gesichert sei.

Herr Buchholz berichtet, dass er an der Einwohnerversammlung teilgenommen habe und es keine wesentlichen Einwendungen gegen dieses Vorhaben gegeben habe.

Beschluss:

1. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft fasst den Beschluss, dass die 2. Änderung des Bebauungsplanes 1299 für ein Gebiet in Bremen-Vegesack zwischen Steingutstraße, Friedhof Grohn, Jacobs University Bremen,

Bruno-Bürgel-Straße, Heinrich-Behrens-Straße und Loki-Schmidt-Straße teilräumlich in 2 Verfahren betrieben wird.

2. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft stimmt dem Entwurf für den Teil A der 2. Änderung des Bebauungsplanes 1299 für ein Gebiet in Bremen-Vegesack zwischen Steingutstraße, Friedhof Grohn, Jacobs University Bremen, Bruno-Bürgel-Straße, Heinrich-Behrens-Straße und Loki-Schmidt-Straße (Bearbeitungsstand 14.08.2018) einschließlich Begründung zu.
1. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft fasst den Beschluss, dass der Entwurf für den Teil A der 2. Änderung des Bebauungsplanes 1299 für ein Gebiet in Bremen-Vegesack zwischen Steingutstraße, Friedhof Grohn, Jacobs University Bremen, Bruno-Bürgel-Straße, Heinrich-Behrens-Straße und Loki-Schmidt-Straße (Bearbeitungsstand 14.08.2018) einschließlich Begründung öffentlich auszulegen ist.

Einstimmig

TOP 12	<p>Bebauungsplan 1229 für ein Gebiet in Bremen - Blumenthal zwischen</p> <ul style="list-style-type: none"> • Weser • Bürgermeister-Dehnkamp-Str. Nr. 16 A • Kalfaterstraße • Bürgermeister-Dehnkamp-Str. Nr. 22 <p>Bearbeitungsstand: 09.08.2018 (Planaufstellungsbeschluss – Neufassung)</p>	Vorlage 19/492
---------------	---	-------------------

Ausgesetzt

TOP 13	<p>Bebauungsplan 1566 für ein Gebiet in Bremen – Vegesack zwischen</p> <ul style="list-style-type: none"> - Aumunder Friedhof, - Straße Aumunder Wiesen und - Beckstraße -Planaufstellung -öffentliche Auslegung 	Vorlage 19/493
---------------	--	-------------------

Beschluss:

1. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft fasst den Beschluss, dass für das im Übersichtsplan bezeichnete Gebiet in Bremen-Vegesack zwischen Aumunder Friedhof, Straße Aumunder Wiesen und Beckstraße (Bearbeitungsstand: 27.08.2018) ein Bebauungsplan aufgestellt werden soll (Planaufstellungsbeschluss zum Bebauungsplan 1566). Die Planung soll im Grundsatz die in der Deputationsvorlage enthaltenen Ziele und Zwecke verfolgen.
2. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft stimmt dem Entwurf des Bebauungsplans 1566 für ein Gebiet in Bremen-Vegesack zwischen Aumunder Friedhof, Straße Aumunder Wiesen und Beckstraße (Bearbeitungsstand:

27.08.2018) einschließlich Begründung zu.

3. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft fasst den Beschluss, dass der Entwurf des Bebauungsplans 1566 für ein Gebiet in Bremen-Vegesack zwischen Aumunder Friedhof, Straße Aumunder Wiesen und Beckstraße (Bearbeitungsstand: 27.08.2018) einschließlich Begründung und den nach Einschätzung der Stadtgemeinde wesentlichen, bereits vorliegenden umweltbezogenen Stellungnahmen öffentlich auszulegen ist.

Einstimmig

TOP 14	Straßenbenennung Marwa-El-Sherbini-Platz	Vorlage 19/476
--------	---	-------------------

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (S) nimmt den Vorschlag zur Kenntnis und beschließt dessen Weiterleitung an den Senat.

Einstimmig

TOP 15	Straßenbenennung Oltmann-Duit-Weg	Vorlage 19/488
--------	--	-------------------

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (S) nimmt den Vorschlag zur Kenntnis und beschließt dessen Weiterleitung an den Senat.

Einstimmig

TOP 16	Umnutzung des Herdentorsteinwegs zwischen Bahnhofstraße und Knochenhauerstraße (VEP, Maßnahme F.10) - durch Führung des Radverkehrs auf der Fahrbahn“ Bereitstellung von zusätzlichen Baumitteln	Vorlage 19/506
--------	---	-------------------

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (S) nimmt die Kostengegenüberstellung zur Kenntnis und stimmt der Finanzierung des Mehrbedarfes zu.

Zustimmung

bei Enthaltung der Fraktion der FDP

TOP 17	Ersatzneubau einer Brücke über die Semkenfahrt im Zuge der Blocklander Hemmstraße im Bremer Stadtteil Blockland	Vorlage 19/501
--------	--	-------------------

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (S) nimmt die Kostenermittlung zur Kenntnis und stimmt der Finanzierung über 450.000 EUR zu.

Einstimmig

TOP 18	<p>Sanierungsgebiet Huckelriede / Sielhof, Bremen Neustadt Sanierung und Umgestaltung des Grünzuges Buntentorsdeich im Rahmen der Wohnumfeldverbesserung im Ortsteil Huckelriede</p> <p>Finanzierung aus dem Städtebauförderungsprogramm „Stadtumbau“</p>	<p>Vorlage 19/497</p>
---------------	---	---------------------------

Beschluss:

1. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (S) beschließt die Planungen zur Sanierung / Umgestaltung des Grünzuges Buntentorsdeich entsprechend des Integrierten Handlungskonzeptes Huckelriede.
2. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (S) stimmt der dargestellten Finanzierung in Höhe von rd. 285T€ zu.

Einstimmig

TOP 19	<p>Produktgruppencontrolling (Produktplan 68 –Umwelt, Bau, und Verkehr–) mit Stand Juni 2018</p>	<p>Vorlage 19/486</p>	L/S
---------------	---	---------------------------	------------

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (S) nimmt den Bericht über das Produktgruppencontrolling zur Kenntnis.

TOP 20	<p>„Zustandserfassung privater Kanäle“ Evaluation 2018 und Fortsetzung des Förderprogramms</p>	<p>Vorlage 19/477</p>	L/S
---------------	---	---------------------------	------------

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (S) nimmt die Evaluation zur Kenntnis und stimmt der Verlängerung des Förderprogramms „Zustandserfassung privater Kanäle“ bis zum 31.12.2021 vorbehaltlich der jährlichen Freigabe der Mittel aus der Abwasserabgabe und Wasserentnahmegebühr durch die Fachdeputation zu.

Einstimmig

TOP 21	<p>„Integriertes Verkehrskonzept Überseestadt (IVK)“ Handlungskonzept und erste Maßnahmen</p>	<p>Vorlage 19/500</p>
---------------	--	---------------------------

Vertagt

TOP 22	<p>Kurzfristige Maßnahmen zur Verbesserung des Verkehrsflusses in der Überseestadt ergreifen! Bericht der Deputation</p>	<p>Vorlage 19/502</p>
	Vertagt	
TOP 23	<p>Finanzierung des „Fahrradmodellquartiers Bremen (Alte Neustadt)“</p>	<p>Vorlage 19/508</p>

Frau Sprehe hält das Fahrradmodellquartier für wichtig und gut. Es sollte nach dem gewonnenen Wettbewerb zunächst zu 100% vom Bund finanziert werden. Dann habe sich herausgestellt, dass die Planungskosten von Bremen zu tragen seien. Jetzt habe es durch die bekannten Steigerungen im Baubereich nochmals eine Erhöhung der Kosten gegeben. Insgesamt sei nun ein Finanzierungsbedarf von fast 1 Mio. € für das Fahrradmodellquartier in der Neustadt notwendig. Auch wenn sie das für sinnvoll halte, müsse man künftig bei Maßnahmen, die scheinbar umsonst oder kostengünstig sein sollen, genau hinterfragen, welche Kosten tatsächlich auf Bremen zukommen.

Herr Strohmann wird der Vorlage zähneknirschend zustimmen. Die Förderung des Radverkehrs sei in Teilen der Bevölkerung umstritten. Gerade deshalb müsse man mit einem spitzen Bleistift rechnen. Kostensteigerungen von 10 oder 20 % kommen vor, aber in einer solchen Höhe seien sie schwer nachvollziehbar.

Herr Saxe betont, dass solche Innovationen nötig seien, wenn man Radverkehrsförderung ernst nehme. Bremen habe dafür den Deutschen Fahrradpreis gewonnen und in der ganzen Republik dafür Anerkennung bekommen, dass Bremen neben Fahrradstraßen und Einbahnstraßen in Gegenrichtung wieder eine Innovation hergeholt habe. Diese Kostensteigerungen seien ärgerlich, aber man habe sie aufgrund der Baukonjunktur bei allen Baumaßnahmen. Dagegen gebe es keine Strategie. Es sei sinnvoll, den Radverkehr zu fördern. Es sei eine total sinnvolle Maßnahme für die Neustadt und für die Stadtentwicklung in der Neustadt. Bremen brauche mehr solcher Projekte und dazu zählen auch Fahrradbrücken. Man brauche Mittel für Komplementärfinanzierungen und die Planungskosten, um auch mehr Bundesförderung nach Bremen zu holen. Darüber müsse man sich als Haushaltsgesetzgeber Gedanken machen.

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (S) nimmt die Kostenermittlung zur Kenntnis und stimmt der Durchführung der Maßnahme und der Finanzierung der Mehrkosten in Höhe von rd. 946 T€ zu.

Zustimmung

gegen die Stimme der Fraktion der FDP

TOP 24	Bericht zum Antrag der Fraktion der CDU (Drs. 19/778): „Umgestaltung des Domshofes nicht länger aufschieben“	Vorlage 19/504
---------------	---	-------------------

Herr Strohmann ist mit dem Konzept überhaupt nicht zufrieden. Es beinhalte ein paar - eigentlich selbstverständliche - Sondermaßnahmen, um den Platz zu bespielen. Aber die grundsätzliche Umstrukturierung, um den Platz attraktiv zu machen, werde wieder vertagt. Natürlich werde seine Fraktion den Beschlussvorschlag ablehnen. Dass nach zwei Jahren ein paar Blumenkübel aufgestellt und vielleicht ein Weinfest gemacht werde, sei lächerlich. Aber er hoffe immer noch, dass irgendwann jemand so mutig sein werde, den Platz richtig umzugestalten und zu einem Zentralplatz zu machen.

Herr Haacke erläutert, dass zunächst Sofortmaßnahmen umgesetzt wurden. Es wurden Sitzmöglichkeiten und Pflanzkübel aufgestellt, die aber nur bis Ende Oktober dort bleiben sollen. Der Winter solle genutzt werden, um temporäre Möblierung dort zu installieren. Die Wünsche der Anrainer sollen dabei berücksichtigt werden. Im Gespräch mit dem Großmarkt sollen Ansätze gefunden werden, um den Markt attraktiver zu gestalten. Ebenso sollen auch mit dem Ordnungsamt und der Polizei Gespräche zur Parkplatzsituation geführt werden. Dieser Platz sei aufgrund seiner Randsituation und der dadurch fehlenden Frequenzen nicht von sich aus attraktiv. Hier müsse die Stadt tätig werden. Es sollen nun Elemente aus dem seit zwei Jahren vorliegenden Konzept umgesetzt werden. Dabei müsse der unter dem Gelände liegende Bunker und der Weinkeller berücksichtigt werden. Auch ein Beleuchtungskonzept sei vorgesehen.

Herr Bücking stellt in Frage, ob die im Antrag geforderte Umsetzung wirklich sinnvoll und zielführend sei. Die Schwäche dieses Platzes liege im Wesentlichen darin, dass er von Banken

und Versicherungen umgeben sei, denen „lebendige“ Erdgeschosse fehlen und keine frequenzstarken Fußwege auf diesen Platz hin münden. Das hier vorgelegte Konzept sei die richtige Richtung.

Herr Saxe weist darauf hin, dass man die Unterstützung der Leute vor Ort brauche, um einen Standort aufzuwerten. In dem Konzept gebe es gute Ansätze, aber das Wichtigste sei, den Markt ins Boot zu holen. Was in dem Konzept fehle, sei die Verlängerung der Radpremiumroute, die über den Domshof führe. Hierbei komme es immer wieder zu Konflikten mit Fußgängern. Wenn man den Platz aufwerten wolle, dann müsse man sich auch darüber Gedanken machen.

Frau Bernhard hält den Antrag der CDU für richtig. Dieser wurde nicht umgesetzt. Die Maßnahmen, die hier vorgeschlagen werden, werden an dem eigentlichen Problem überhaupt nichts ändern. Daher lehne sie den Beschlussvorschlag ab.

Herr Staatsrat Deutschendorf mahnt an, dass man diese Thematik im Kontext der vielen laufenden Projekte in der Innenstadt, aber auch der Stadt insgesamt betrachten müsse. Eine Vielzahl von sehr arbeitsintensiven Großprojekten binde viele Kräfte und bedeute auch ganz praktische Baustellen, die vor Ort zu Beeinträchtigungen führten. Insofern sei es eine angemessene Art und Weise ist, sich so der Sache zu nähern, wie es hier vorgestellt worden ist: Schritt für Schritt.

Beschluss:

1. *Die städtische Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft beschließt den Bericht zu dem Antrag der Fraktion der CDU vom 15.05.2018 (Drs. 19/778 S).*
2. *Die städtische Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft bittet den Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen als federführendes Ressort um Weiterleitung des Berichtes an die Stadtbürgerschaft und empfiehlt der Stadtbürgerschaft, den Antrag der Fraktion der CDU vom 15.05.2018 (Drs. 19/778 S) abzulehnen.*

Zustimmung

gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU, FDP und DIE LINKE

Nachtrag TOP 24a)	Discomeile - Ausbau der Nebenanlagen mit zukünftig ein-streifiger Fahrbahnführung Bereitstellung von zusätzlichen Baumitteln	Vorlage 19/511
------------------------------	---	---------------------------

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (S) nimmt die Kostensteigerung zur Kenntnis und stimmt der Bewilligung der zusätzlich erforderlichen Haushaltsmittel in Höhe von 1,3 Mio. € und der Finanzierung zu.

Zustimmung

bei Enthaltung der Fraktion der FDP

TOP 25	Berichte der Verwaltung	
TOP a)	Deponieentwicklung - Bau eines neuen Deponieabschnitts der Klasse I	BdV schriftlich

Frau Dr. Schaefer führt aus, dass es richtig sei, hier die Kapazitäten der Deponie zu erweitern. Das entbinde aber nicht von der Verantwortung, sich über die zukünftige Lagerung des Bauschutts Gedanken zu machen. Die Kapazitäten seien endlich und die Planungsphasen für eine neue Deponie, ob in Bremen oder in Niedersachsen, sehr lang.

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (S) nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

TOP b)	Fahrradbügel im Bereich Tettenbornstr./Scharnhorststraße	BdV schriftlich
--------	---	--------------------

Herr Hamann berichtet, dass er von Anwohnern der Scharnhorststraße und der Tettenbornstraße auf die Problematik angesprochen wurde. Dort fahren zwar viele Menschen mit dem Fahrrad, es gäbe vor Ort aber keine Fahrradbügel. Dementsprechend werden die Fahrräder an Zäune gekettet oder auch an Bäumen. Seine Initiative beim Amt für Straßen und Verkehr führte zu keiner Lösung, wie auch im Bericht dargestellt. In der Münchner Straße befinden sich Fahrradbügel im Straßenbegleitgrün, ohne dass dort gepflastert sei. Das widerspreche der Darstellung im Bericht.

In dem Kreuzungsbereich gebe es etwa 60 Kfz-Stellplätze und Null Abstellplätze für den Radverkehr. Auch vor dem Hintergrund, dass man eine Verkehrswende wolle, möchte wissen, welche innovativen Lösungen sich das Ressort dort vorstellen könne.

Herr Saxe greift den Vorschlag auf, einen Autostellplatz in Fahrradparkplätze umzuwandeln. Dies könne beim ASV beantragt werden, sofern nachgewiesen wird, dass es viele Fahrräder, aber keine Abstellmöglichkeit dafür gibt.

Herr Staatsrat Deutschendorf betont, dass das Ressort bestrebt sei, mehr Abstellmöglichkeiten für Fahrräder zu schaffen. Aber eine befestigte Fläche sei dafür besser geeignet, als eine unbefestigte Wiese. Es sei sicher möglich, einen geeigneten Standort in einem bestimmten Bereich zu finden oder aus einem Parkplatz eine Fahrradabstellanlage zu errichten.

Herr Staatsrat Meyer ergänzt, dass der Ansatz, eine Parkplatzfläche in Fahrradstellplätze umzuwandeln aus Umweltsicht gegenüber einer weiteren Versiegelung von Flächen zu bevorzugen sei.

Frau Pieper weist darauf hin, dass eine solche Umwandlung der Zustimmung des Beirates bedürfe.

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (S) nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

TOP c)	Abholung der gelben Tonnen, Veränderungen im Zuge des Wechsel des Abfuhrunternehmens	BdV schriftlich
--------	---	--------------------

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (S) nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

TOP d)	Trinkwasserversorgung Bremen – aktueller Stand und Entwicklung	BdV schriftlich
--------	---	--------------------

Herr Staatsrat Meyer weist darauf hin, dass der Bericht den Arbeitsstand darstelle. Er bietet an, weitere Details im Oktober oder November in einer kleineren, fachlicheren Runde, insbesondere mit den Abgeordneten aus Bremen Nord, zu besprechen.

Frau Dr. Schaefer begrüßt einen solchen Termin. Insbesondere interessiere sie die Lage der Schutzzonen. Für die Gewerbetreibenden vor Orte sei wichtig zu wissen, welche Auflagen es gibt und welches Gewerbe überhaupt betroffen sei. Das einzige, das sich wirklich ändere, sei das Intervall der TÜV-Prüfungen. Das Gewerbe solle auch Bestandsschutz haben. Gesamtstädtisch sei das Problem, dass die Konzessionsverträge ausgelaufen seien und 80% des Trinkwassers aus Niedersachsen bezogen werden. Dort seien die ökologischen Auswirkungen problematisch. Die Alternativenprüfungen waren erforderlich, auch um das Signal auch an Niedersachsen zu senden, dass Bremen alles tue, um eigene Trinkwasserquellen zu schützen, aber weiterhin auf den Bezug aus Niedersachsen angewiesen sei.

Herr Schwarz ergänzt, dass die Gewerbetreibenden im Vorfeld schon mitgenommen werden müssten.

Frau Sprehe bittet darum, auch den Beirat in einem solchen Informationsgespräch frühzeitig – vor dem TÖB- Verfahren - zu beteiligen.

Her Buchholz betont, dass frühzeitig das Gespräch mit den Firmen gesucht werden sollte. Wenn die Bedingungen so gestaltet werden, dass die Betriebe mitziehen können, dann werde man auch eine vernünftige Lösung finden.

Herr Staatsrat Meyer berichtet, dass schon jetzt davon auszugehen sei, dass das Gebiet kleiner sein werde, als 2002/2003 angenommen. Damit werde auch die Zahl der betroffenen Unternehmen geringer sein. Bereits jetzt werde in Vegesack 20% des Trinkwassers für Bremen Nord gefördert. Das gelte es zu schützen. In diesem Sommer wurden die jemals geringsten Grundwasserstände gemessen. Das zeige, dass das Thema Wasser und Grundwasser zukünftig ganz anders betrachtet werden müssen und umso mehr das wenige Wasser, das Bremen habe, zu schützen sei.

Der Dialogprozess mit der Handelskammer und den Unternehmen wurde frühzeitig, bereits vor dem normalen Verfahren aufgenommen. In einem nächsten Schritt würden die betroffenen Unternehmen direkt identifiziert werden. Manch ein Unternehmen wettete gegen das Trinkwasserschutzgebiet, obwohl es selbst gar nicht davon betroffen sei. Zudem bestehe Bestandsschutz für die Unternehmen.

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (S) nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

TOP e)	Fußgängerzone Knochenhauerstraße Bericht über die einjährige Erprobungsphase	BdV schriftlich
---------------	---	--------------------

Herr Saxe stellt fest, dass die Zahl der Fahrzeuge, die immer noch durch die Fußgängerzone fahren, deutlich reduziert werden müssten. Hier könnten regelmäßige Kontrollen helfen. Erfahrungen an anderer Stelle zeigten, dass ein versenkbarer Poller immer wieder kaputtgefahren werde. Es müsse zunächst die Zahl der Fehlnutzer gesenkt werden, bevor man über einen versenkbaren Poller nachdenken könne.

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (S) nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

TOP f)	Begleitmaßnahmen für den Bau des BA 2/2 der A 281: Sanierung Kornstraße / Kirchweg und Ausbau Habenhauser Brückenstraße	BdV schriftlich L/S
---------------	--	-------------------------------

Siehe auch Protokoll der staatlichen Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft vom 20.09.2019

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (S) nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

TOP g)	Zweckentfremdung von Wohneigentum für private Vermietungsgeschäfte im Viertel	BdV schriftlich
--------	--	--------------------

Ausgesetzt

TOP 26	Verschiedenes	
--------	---------------	--

Berichtswünsche zu einer der nächsten Sitzungen:

Fahrradstraßen in Bremen	Schriftlicher Berichtswunsch von Herrn Saxe	06.12.2018
Situation des Aldimarktes in Vegesack	Schriftlicher Berichtswunsch von Frau Sprehe	06.12.2018
Machbarkeitsstudie Grohner Wandplatten(fliesen)	Schriftlicher Berichtswunsch von Frau Sprehe	17.01.2019
WEA Bultensee	Schriftlicher Berichtswunsch von Frau Schiemann	01.11.2018
Zukunft des Klärschlamm	Berichtswunsch von Frau Dr. Schaefer	06.12.2018
Baustellenplanung im Zusammenhang mit der Sperrung der A 270	Schriftlicher Berichtswunsch von Herrn Schwarz	01.11.2018

Herr Pohlmann schließt die 32.Sitzung der städtischen Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft und dankt den Anwesenden für ihre Teilnahme.

Vorsitzender

Protokoll